

Freiheit und der Staat: Stellt die Steuer-Kopf-Wahl den Staat auf die Füße?

Von Peter J. Preusse *

Die hier umrissene Strategie will, gestützt auf die etablierten Werte Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, *den Staat transformieren in eine Gesellschaft mit einem dreigliedrigen Wahlverfahren*: Die *Kopf-Stimme* (ein Kopf, eine Stimme) regelt alle Angelegenheiten, die nicht eigentumsinvasiv oder eigentumsabhängig sind. Die *Steuer-Stimme* (ein Euro, eine Stimme) bezieht sich auf alle Angelegenheiten der Steuererhebung und –verwendung. Und drittens bilden wenige Mitglieder, deren jedes die *Mehrheit der Kopf- und Steuerstimmen* auf sich vereinigt, eine *Meta-Entscheidungs-Institution*. Dieser „Verfassungs-Filter“ entscheidet bei jedem Anliegen über das Erfordernis der Kopf- oder Steuermehrheit oder der doppelten Steuer-Kopf-Mehrheit. Dieser Mechanismus verhindert eine strukturelle Mehrheit der tatsächlichen oder vermeintlichen Umverteilungsgewinner und verwandelt jeden Rest des öffentlichen Sektors in ein konsensuell betriebenes Unternehmen.

Die Frage, ob der Staat eine notwendige Einrichtung sei, hat sich der öffentlichen Meinung des zwanzigsten Jahrhunderts nicht gestellt. Er scheint ebenso selbstverständlich da zu sein wie die Luft zum Atmen, obwohl er sich mehr wie ein Asthma-Anfall anfühlt. Ganz im Gegensatz zum mainstream wird Politik und mit ihr der aggressive Wohlfahrtsstaat in der libertären Welt als Problem, nicht als Lösung von Problemen betrachtet.¹

In der Tradition der Österreichischen Schule der Ökonomie hat Hans Hermann Hoppe² wie andere vor ihm festgestellt, daß die *Ursünde des klassischen Liberalismus* die Anerkennung der Rolle des Staates als Garant der Eigentumsrechte war. In seiner 1927-er Abhandlung „Liberalismus“³ fand Ludwig von Mises den zentralen Irrtum des Liberalismus in der falschen Schlußfolgerung aus einer richtigen Annahme: Die Notwendigkeit eines gewaltsamen Vorgehens gegen Verletzer fremder Eigentumsrechte bedeutet nicht, daß dies zwangsläufig eine

* Dr. med. dent. Private Praxis in Marburg. docpjp@gmx.net. Ich möchte Roland Baader danken. Er hat der deutschen Öffentlichkeit die Welt des klassischen Liberalismus zugänglich gemacht.

¹ “welfare-warfare state, empirically speaking, is a unified beast.” Erich Mattei *Michael Moore and Freedom* <http://www.mises.org/fullstory.aspx?control=1571>

² Hans-Hermann Hoppe, *Demokratie. Der Gott, der keiner ist* (Waltrop: Manuskriptum), p. 417 ff

³ Ludwig von Mises, *Liberalismus* (Jena: Fischer, 1927 / Sankt Augustin: Academia, 1993) p. 33

unangefochtene und originäre Regierungsaufgabe ist.⁴ Im Gegenteil konnte gezeigt werden, daß die Regierung als territorialer Zwangsmonopolist der (positiven) Gesetzgebung und der Besteuerung, der enteignende Eigentumsschützer, diese Aufgabe nicht effektiv wahrnehmen kann.⁵ Der *Verfall des klassischen Liberalismus* erscheint daher unter der Hegemonie des Sozialismus und der Demokratie - als Tyrannei der als solcher moralisch gefährdeten Mehrheit - im Grunde als ein *intellektuelles Versagen*, das es ohne Widerspruch hinnimmt, wenn Demokratie zum natürlichen Zwillingsbruder der Freiheit hochstilisiert wird. Anders ist kaum zu verstehen, daß der Libertarianismus nicht die Meinungsführerschaft erringen konnte, nachdem am Ende des letzten Jahrhunderts der hard-core-Sozialismus im wesentlichen zusammengebrochen war.

Was nun? Auf der einen Seite stimmen Libertäre insofern überein, als sie die meisten Sparten der „öffentlichen Dienste“ als solche ablehnen. Auf der anderen Seite gibt es aber noch keine klare Linie in der Frage, ob der Staat *eo ipso* ein potentiell nützliches Modell in einer freien Gesellschaft sein kann.⁶ Auch wenn Murray N. Rothbard betont, daß „in einer wirklich freien Gesellschaft, in der individuelle Rechte der Person und des Eigentums bewahrt sind, der Staat dann notwendigerweise aufhören müßte zu existieren“⁷, gilt nach wie vor, daß es keine etablierte Hegemonie des Anarcho-Kapitalismus gibt, geschweige denn eine Perspektive zur Umsetzung der Ideen in der *real existierenden Demokratie*. So werden wir nolens volens für ein weiteres Jahrzehnt oder Jahrhundert mit dem „Monopolist des Verbrechens“ zu tun haben, wie Albert J. Nock es ausdrückt⁸, bevor er die Unterstützung der Mehrheit verliert, die lebenswichtige Vorbedingung seiner bloßen Existenz⁹.

Es sind verschiedene Strategien vorgeschlagen worden, den Staat zugunsten einer freien Gesellschaft zu überwinden, darunter Aufklärung und Erziehung, Privat-Geld, insbesondere auch als Goldwährung, Sezession und konstitutionelle Machtbegrenzung. Lassen Sie mich die letztere betrachten.

Aufgrund historischer Erfahrung hat sich die allgemeine Meinung dahingehend verfestigt, daß jeder Versuch, den Staat auf seine Nachtwächterfunktion Justiz und Sicherheit zu beschränken, zwangsläufig fehlschlägt, da Gewalt zur Verhinderung von Eigentumsverletzungen gleichzeitig die Legitimierung von Zwangsausübung gegenüber freien Individuen bedeutet

⁴ Zur Abgrenzung zwischen Liberalismus und Etatismus und Anarchie betont er zu unserem Erstaunen 17 Jahre später: “With human nature as it is, the state is a necessary and indispensable institution.” Ludwig von Mises, *Omnipotent Government. The Rise of the Total State and Total War* (Yale University Press, 1944 / Grove City: Libertarian Press), p. 49

⁵ Hans-Hermann Hoppe, *Demokratie. Der Gott, der keiner ist* p. 178

⁶ Selbst Hoppe kommt nicht ganz ohne irgendeine öffentliche Struktur wie Staat oder Gemeinde aus, wenn er fordert, daß etwa ein Immigrant in die Schweiz eine Kompensation zu leisten habe für bestehende Investitionen wie Krankenhäuser und Schulen. Hans-Hermann Hoppe, *Radio Interview Philipp Dru*, www.hanshoppe.com

⁷ Murray N. Rothbard *The Ethics of Liberty* (New York University Press, 2002), p. 173

⁸ Albert Jay Nock *On Doing the Right Thing, and Other Essays* (New York: Harper and Brothers, 1928), p. 143, zitiert nach Murray N. Rothbard *The Ethics of Liberty* p. 173

⁹ Hans-Hermann Hoppe, *Demokratie. Der Gott, der keiner ist* p. 487

und der Besteuerungs- und Rechtsprechungsmonopolist jede verfassungsmäßige Begrenzung durch seine Interpretationshoheit und sein Gewaltmonopol aushebeln kann.¹⁰ Und Rothbard dürfte zu optimistisch gewesen sein, als er in „Ethics of Liberty“ schlußfolgerte: „Die schiefe Paarung der beiden Gewißheiten in dem populären Motto „Tod und Steuern“ zeigt, daß die Öffentlichkeit sich abgefunden hat mit der Existenz des Staates als eine böse aber unausweichliche Naturgewalt“.¹¹ Denn wachsender Wohlstand im Alltag hat in den allermeisten Gemütern ein *kognitives Desaster*, mindestens aber eine hartleibige Fehldeutung hinterlassen, indem er mit Demokratie und weiser Politik des social engineering assoziiert wird statt mit den tatsächlichen Voraussetzungen: Technologischer Fortschritt, gemanagt von Resten von Kapitalismus bei fröhlichem Kapitalverzehr per Schuld- und Schein-Geld. Auch wenn schon manchem die Fröhlichkeit im Halse stecken bleibt und wachsender Wohlstand hierzulande zum Randgruppenphänomen gerät, wird der Staat als solcher trotz Steuerlast bei weitem nicht allgemein als Qual empfunden.

Der tiefste Grund für den allgemeinen Glauben an die Notwendigkeit von Herrschaft, heutzutage eben in Form des demokratischen Staates, ist vielleicht derselbe wie für den Glauben an einen persönlichen Schöpfer angesichts der unübersehbaren Komplexität der physischen Welt und kann als *atavistische Regression*, als Rückzug auf vor-aufklärerisches Bewußtsein aufgefaßt werden: Die Entwicklung des Weltalls aufgrund physikalischer Naturgesetze ist ebenso wie die Entwicklung der biologischen Arten durch Selektion von Spontanmutanten der persönlichen Erfahrung wegen der zeitlich und räumlich inkommensurablen Dimensionen der Erlebniswelt selbst im Ansatz nicht zugänglich, verlangt aber aufgrund der Unmittelbarkeit der Lebenswirklichkeit zwingend nach einem Abbild im Bewußtsein. Ganz ähnlich ist die „unsichtbare Hand“ der spontanen gesellschaftlichen Ordnung ein viel zu komplexes Instrument, um sinnlich verstanden und „geglaubt“ werden zu können. Es scheint menschlicher Erfahrung näherzuliegen, auf einen großen Bruder oder Übervater oder König oder eben ein ehrwürdig-demokratisches Komitee von Experten zu vertrauen als auf eine abstrakte Ordnung. „Allen totalitären Doktrinen liegt der Glaube zugrunde, daß die Regierenden weiser und erhabener seien als ihre Staatsbürger und deshalb besser als die Betroffenen selbst wissen, was für sie gut sei.“¹²

Als Laie in Historie, Ökonomie und Philosophie übersehe ich nicht die Fülle von Ansätzen zu einer konstitutionellen Begrenzung des Staates, die bisher diskutiert und widerlegt worden sind. Im Gegensatz zu Rothbard¹³ scheint es mir aber - zumindest

¹⁰ Hans-Hermann Hoppe, *Demokratie. Der Gott, der keiner ist* p. 426

¹¹ Murray N. Rothbard *The Ethics of Liberty* p. 175

¹² Ludwig von Mises, *Omnipotent Government. The Rise of the Total State and Total War* p. xi

¹³ Murray N. Rothbard *The Ethics of Liberty* p. 176

theoretisch – einen Weg zu geben, Staatsaktivität wirkungsvoll und dauerhaft zu begrenzen und vielleicht eine bessere Akzeptanz libertärer Ideen bei einem breiten Publikum zu finden, indem man widerstrebenden Vorurteilen keine Nahrung gibt.

Das demokratische Prinzip der Entscheidung durch eine *Mehrheit von Wählern* ist, sofern und solange gemeinschaftliche Entscheidung unausweichlich notwendig ist, sicher da legitim, wo es nicht mit Eigentumsrechten der Bürger in Konflikt gerät, also etwa, solange es etwas wie Nationen noch gibt, bei der Entscheidung über die Farben der Nationalflagge. Darüber hinaus ist es da legitim, wo es um das für alle gleiche *unveräußerliche Eigentum* am eigenen Körper geht, also vielleicht etwa, solange es Staaten noch gibt, in Fragen der äußeren Angelegenheiten und Allianzen, und natürlich, insofern es notwendig sein mag, sich auf Verfahrensweisen bei der Ausgestaltung der Vertragsfreiheit zu einigen.

Die hier angesprochenen und andere denkbare Limitationen der Reichweite legitimer Mehrheitsentscheidungen sind Ausdruck der Tatsache, daß das demokratische Prozedere an sich intrinsisch unmoralisch ist.¹⁴ Insofern hat das hier vorgestellte Konzept von vornherein die Unschuld verloren, was aber zum einen Vorbedingung seiner Akzeptanz sein mag, zum anderen aufgefangen wird durch die unten beschriebene dritte Ebene der Meta-Entscheidung.

Solange Staaten bestehen, müssen *Steuern aus veräußerlichem Eigentum* erhoben werden, um minimale Aktivitäten zu ermöglichen. Im Hinblick auf das Eigentumsrecht hat bei Entscheidungen zur Besteuerung die Zahl der Wähler, insbesondere die Zahl der potentiellen Steuer-Verbraucher, außer Betracht zu bleiben. Statt dessen bemißt sich in eigentumsinvasiven und eigentumsabhängigen Angelegenheiten das *Stimmgewicht nach bezahlten Steuern und freiwilligen Spenden* im Vorzeitraum. Steuern zu zahlen muß nicht notwendigerweise die bedingungslose Übertragung von Titeln bedeuten; vielmehr kann es als Investition in ein gemeinschaftlich zu führendes Unternehmen betrachtet werden.

Diese Konstruktion, daß der Steuerzahler über die Steuererhebung und die dadurch finanzierten Ausgaben entscheidet, verhindert, daß die Mehrheitsmacht ihre eigene Steuerlast auf Kosten einer Minderheit reduziert, weil dann in der nächsten Wahlperiode das gewachsene Stimmgewicht der belasteten Minderheit die Dinge wieder umdrehen würde. Bedenken, daß eine Schicht von Superreichen durch die Mittelklasse mit Hilfe starker Progressivsteuern ausgebeutet werden kann, weil auch das dadurch vermehrte Stimmgewicht für ein Veto unzureichend wäre¹⁵, sind, solange wir nicht von einem „Weltstaat“ reden, nicht durchschlagend, weil der Wettbewerb der Staaten um die guten Steuerzahler eine konfiskatorische Belastung zuverlässig hindert.

¹⁴ Hans-Hermann Hoppe, *Persönliche Mitteilung* 28.8.4

¹⁵ Hans-Hermann Hoppe, *Persönliche Mitteilung* 28.8.4

Eine Frage, die hier nur angesprochen werden kann, wäre, ob eine minimale „Wohlfahrt“ nötig und in diesem geberorientierten Modell möglich wäre, ohne die wohlbekannt moralische Abwärtsspirale bei steigenden Transfervolumina zu starten und ohne letztlich zur Zerstörung persönlicher Verantwortung zu führen. Ein direktdemokratisches Element bewirkt, daß jede legislative oder exekutive Maßnahme durch einen Volksentscheid verhindert und geändert werden kann. Möglicherweise lohnt in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Schweiz als ältester direkter Demokratie.

Den Angelpunkt der Konstruktion bildet eine Institution, die bei jeder angestrebten Entscheidung im öffentlichen Raum den Weg der Entscheidungsfindung festzulegen hat, also ein *Meta-Entscheider*. Gemäß der Natur des jeweiligen Anliegens, das unveräußerliche Recht am eigenen Körper und / oder das veräußerliche Recht am materiellen Besitz zu betreffen oder von ihm abhängig zu sein, muß dieses entweder durch die Mehrheit der Kopfstimmen oder der Steuerstimmen oder aber durch die doppelte Mehrheit der Steuer- und Kopfstimmen entschieden werden. Dieser konstitutionelle Filter scheidet also den Bereich herkömmlicher Demokratie von der Sphäre von Steuererhebung und Staatsausgaben. Ein Übergewicht dieser Institution mit der Gefahr der Aushebelung der Verfassung kann zuverlässig verhindert werden, wenn das Gremium auf eine kleine Zahl von Mitgliedern festgelegt ist, deren jedes etwa in Drittel-Rotation in kurzen Wahlperioden die doppelte Mehrheit der Steuerstimmen sowie der Kopfstimmen auf sich vereinigen muß.

Diese Steuer-Kopf-Wahl-Verfassung mit der historisch vorbildlosen Institution des Meta-Entscheidungers, dem Verfassungsfiler, würde die etablierte Tugend der Demokratie anerkennen, ohne die Ethik zu pervertieren, indem man zwei Wölfe und ein Schaf über die nächste Mahlzeit abstimmen läßt, wie Benjamin Franklin gesagt hat.

Klingt das utopisch? Ja, verglichen damit, daß Menschen irgendwann auf einem benachbarten Planeten landen. Utopisch aber auch im Vergleich zu sozialer Gerechtigkeit durch Verteilung des Überflusses an wundersam entstandenen Gütern? Nach der Erfahrung des weltweiten Scheiterns dieses Konzeptes sollte die interessierte Öffentlichkeit gut vorbereitet sein, von Entwürfen in Übereinstimmung mit dem natürlichen Recht und der Ethik der Freiheit zu hören, denn es geht um eine *Verbindung der wohl-etablierten Tugenden Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit*. Leider muß gesagt werden, daß Rothbards Optimismus¹⁶ bisher durch die Wirklichkeit nicht bestätigt wurde. Seine Analyse der langfristigen Indikatoren für eine freie Gesellschaft sind offensichtlich richtig, aber seine optimistische Analyse für den nahen Zeithorizont scheint nicht wahrzunehmen, daß der Feind nicht schläft. Wie tief, beinahe unauslöschlich Etatismus und der Glaube an „soziale

¹⁶ Murray N. Rothbard *The Ethics of Liberty* p.269

Gerechtigkeit“ zumindest in deutsche Gemüter eingeschrieben ist, hat Roland Baader scharf und wortgewaltig gezeigt.¹⁷ In völligem Gegensatz zur Erwartung hat der Zusammenbruch des ostdeutschen Kollektivismus in keiner Weise eine Renaissance freiheitlicher Ideen hervorgerufen. Zugegeben, Freiheit war nie ein deutsches Wort, aber es war sicher ein anglo-amerikanisches, das heute durch New Labour mit seinen „spin doctors“ pervertiert wird. Das selbe Phänomen der Permanenz der sozialistischen Weltdeutung kann man in Ost-Europa beobachten, wo sozialistische Regierungen aus freien Wahlen hervorgehen.

Der zentrale Mangelfaktor in einer Strategie für die Freiheit ist also der Zustand des öffentlichen Bewußtseins. Daher ist eine radikale Änderung der Verfassung des Staates schon ein sehr hohes Hindernis für einen Paradigmenwechsel zugunsten der Freiheit. Dagegen dürfte die gänzliche Abschaffung des Staates, wie süß auch immer sie in libertären Ohren klingt, eine bei weitem zu grosse Zumutung für die öffentliche Meinung sein. Und da der Staat, wie er hier umrissen ist, nicht mehr viel mit dem heutigen zu tun hat - außer daß eben die goldnen Kälber „Demokratie“ und „Staat“ respektiert werden -, kann dieser Ansatz die Kritik ertragen, daß Gradualismus in der Theorie Perpetuierung in der Praxis bedeute, wie William Lloyd Garrison in der Forderung nach Abschaffung der Sklaverei sagte¹⁸.

Die Herausforderung ist eine intellektuelle.

Klingt „Steuer-Kopf-Wahl“ utopischer als die Rückkehr zur Goldwährung? Utopischer als volles Sezessionsrecht für jede beliebige Einheit gegenüber Staat und supranationalen Einheiten? Oder utopischer als die Abdankung der Regierung und die Entlassung der Gesellschaft in die Freiheit durch reine Aufklärung? Wer weiß. Vielleicht ist es ein bißchen von allem, was nach und nach – oder eben doch nach der großen Katastrophe?¹⁹ – das Rennen macht.

13.1.5

¹⁷ Roland Baader *Kreide für den Wolf. Die tödliche Illusion vom besiegten Sozialismus*. (Böblingen, Anita Tykve Verlag, 1991) und viele folgende Bücher

¹⁸ zitiert nach Murray N. Rothbard *The Ethics of Liberty* p. 260

¹⁹ Roland Baader *Geld, Gold und Gottspieler* (Gräfeling, Resch-Verlag, 2004)